

Politik

Öl-Lieferstopp schockt Deutschland

Wichtigste Erdöl-Pipeline aus Russland abgedreht / Moskau und Weißrussland machen sich gegenseitig für Blockade verantwortlich / Bundesregierung besorgt / Preise ziehen an

Damir Fras, Peter Kirnich und Jörg Michel

BERLIN. Der überraschende Stopp russischer Erdöl-Lieferungen hat in Deutschland große Sorge über die Sicherheit der Energieversorgung ausgelöst. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) forderte, die Schließung der so genannten Druschba-Pipeline, die durch Weißrussland führt, aufzuheben. "Ich fordere die russischen und weißrussischen Stellen auf, ihren Liefer- und Transitverpflichtungen nachzukommen." Russland ist der größte Öl-Lieferant für Deutschland. Mehr als 20 Millionen Tonnen Öl, ein Fünftel der Gesamtimporte, fließen pro Jahr durch die Druschba-Pipeline.

Russland und Weißrussland warfen sich gegenseitig vor, für den Lieferstopp verantwortlich zu sein. Nach Moskauer Angaben soll Weißrussland illegal Öl aus der Pipeline abgezapt haben. Deswegen habe Russland seine Lieferungen eingestellt. Moskau und Minsk streiten derzeit über die Höhe des Preises, den Weißrussland für Rohstoffe bezahlen soll.

Glos sagte, der Vorfall sei besorgniserregend, aber für Deutschland nicht dramatisch: "In den Raffinerien lagert ausreichend Rohöl, so dass unsere Versorgung auch bei längeren Lieferausfällen sichergestellt ist", sagte Glos. Auch der Mineralölwirtschaftsverband warnte vor Horrorszenarien. "Unsere Ölvorräte reichen 90 Tage, wenn überhaupt nichts mehr nach Deutschland fließen sollte", sagte Verbandssprecherin Barbara Meyer-Bukow der Berliner Zeitung. Es könnte auch Öl per Schiff nach Rostock gebracht und von dort über eine Pipeline bis zu den Raffinerien in Schwedt und Leuna transportiert werden, die Öl über die Druschba-Pipeline erhielten.

Die Ölpreise bewegten sich nach dem Bekanntwerden der Schließung nach oben. Der Preis der wichtigsten Nordsee-Rohölsorte Brent zog um 99 Cent auf 56,63 Dollar an.

Politiker in Deutschland mahnten Vertragstreue an. "Man muss von Russland erwarten, dass es seine Konflikte mit Weißrussland so löst, dass nicht unbeteiligte Dritte betroffen sind. Der Vorfall beeinträchtigt das Vertrauen in Russland als verlässlicher Wirtschaftspartner", sagte CDU-Außenpolitiker Eckart von Klæden (CDU).

SPD-Fraktionsvize Walter Kolbow warf Weißrussland Öldiebstahl vor: "Das ist nicht hinzunehmen." Zugleich begrüßte er die Ankündigungen russischer Unternehmen, Alternativrouten für Öllieferungen nach Europa zu suchen. Weißrussische Behörden kündigten zwar an, die Lieferungen sollten am Abend wieder aufgenommen werden. Eine Bestätigung dafür gab es zunächst nicht.

Der Stopp der Öl-Lieferungen löste in Deutschland erneut eine Debatte um die Zukunft der Atomenergie aus. Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Katherina Reiche (CDU), sagte: "Deutschland braucht einen ausgewogenen Energiemix, um seine Versorgung zu sichern. Dazu müssen wir den Anteil erneuerbarer Energien deutlich erhöhen. Die Kernkraft gehört ebenfalls dazu." Widerspruch kam vom Koalitionspartner. "Der Union geht es nur um Ideologie", sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber: "Wer die

Lieferengpässe bei Öl heranzieht, um die Kernenergie zu propagieren, ist nicht in der Lage, das Thema Energieversorgung intellektuell zu erfassen." Benzin könne man nicht durch Atomenergie ersetzen. Ähnlich äußerte sich Grünen-Fraktionsvize Ex-Umweltminister Jürgen Trittin: "Mit Uran kann man keine Häuser und Fabriken beheizen und keine Autos betanken."

Berliner Zeitung, 09.01.2007

Lesen Sie auch:

[Kurzfristig versiegende Quellen](#)

[DIE TRASSE](#)

[Lukaschenkos Transportzölle](#)

[Auch Russland kennt die Unsicherheit](#)

[Diplomatie und Energie](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)